Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 852**

18. Wahlperiode Eingang: 5.11.2026

Antrag

des Abg. Peter Hauk u. a. CDU

Umsetzung des EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets – Zukunft der Gasverteilnetze und der Wärmeversorgung in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie der aktuelle Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1788 über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbares Gas, Erdgas und Wasserstoff in deutsches Recht ist;

2. welche Folgen sich aus der Überschreitung der europarechtlichen Umsetzungsfrist für Deutschland und mittelbar für Baden-Württemberg ergeben;

3. wie sie den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Umsetzung des europäischen Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets bewertet;

4. welche Positionen und Änderungsvorschläge sie im bisherigen Gesetzgebungsverfahren zur Wahrung der Interessen Baden-Württembergs eingebracht hat;

5. welche wesentlichen Änderungen sich aus der Umsetzung des europäischen Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets für Baden-Württemberg ergeben;

6. welche langfristige Bedeutung sie den Gasverteilnetzen für die Energie- und Wärmeversorgung in Baden-Württemberg beimisst;

7. nach welchen Kriterien künftig über den Weiterbetrieb, die Umstellung, die Umwidmung oder die geordnete Stilllegung von Gasverteilnetzen entschieden werden sollte;

8. wie sie die im europäischen Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpaket und im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Verteilernetzentwicklungs- und Stilllegungspläne bewertet;

9. wie die Verteilernetzentwicklungs- und Stilllegungspläne nach ihrer Einschätzung mit der kommunalen Wärmeplanung abgestimmt werden sollten;

10. welche Szenarien und Prognosen ihr zur Entwicklung des Gasbedarfs in Baden-Württemberg bis 2030, 2040 und 2045 vorliegen, möglichst aufgeschlüsselt nach Industrie, Gewerbe, privaten Haushalten, Stromerzeugung und Wärmeversorgung;

11. welche Prognosen ihr zum künftigen Bedarf, zur Verfügbarkeit und zur Kostenentwicklung von Wasserstoff in Baden-Württemberg vorliegen;

12. welche Rolle gas- beziehungsweise wasserstoffbetriebene Kraftwerke nach ihrer Einschätzung künftig bei der Bereitstellung gesicherter Stromerzeugungsleistung übernehmen können;

13. wie bei der kommunalen Wärmeplanung die örtlichen Gegebenheiten, die Wirtschaftlichkeit der verfügbaren Technologien und die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Haushalte und Unternehmen angemessen berücksichtigt werden können;

14. wie sie am Beispiel Mannheims die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der künftigen Wärmeversorgung einschließlich der Versorgung von Stadtteilen ohne flächendeckenden Fernwärmeanschluss bewertet;

15. wie sie die künftige Entwicklung der Kosten für Gas, Strom und Fernwärme sowie die daraus entstehenden Belastungen für private Haushalte und Unternehmen in Baden-Württemberg bewertet.

5.11.2026

Hauk, Gunzelmann, Herzog, Mayr, Dr. Rapp, Dr. Schütte, Hailfinger, Braun, Dr. Menton,
Dr. Pfau-Weller, Stetter, Stickel CDU

Begründung

Die Umsetzung des europäischen Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets schafft neue Rahmenbedingungen für die Gas- und Wasserstoffmärkte sowie für die langfristige Entwicklung der Gasverteilnetze. Für Baden-Württemberg ist von besonderer Bedeutung, wie bestehende Infrastrukturen künftig weiterbetrieben, auf erneuerbare oder kohlenstoffarme Gase umgestellt, umgewidmet oder geordnet stillgelegt werden können. Die hierfür vorgesehenen Verteilernetzentwicklungs- und Stilllegungspläne müssen mit der kommunalen Wärmeplanung abgestimmt und unter Beteiligung der Betroffenen erstellt werden.
Zugleich bestehen weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit von Wasserstoff, des Bedarfs an gesicherter Kraftwerksleistung und der Leistungsfähigkeit verschiedener Wärmeversorgungssysteme in Zeiten hohen Energiebedarfs. Dabei sind auch die Folgen für Energiepreise und Netzentgelte, die finanzielle Belastung privater Haushalte sowie die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft zu berücksichtigen. Das Beispiel Mannheim verdeutlicht die praktischen Herausforderungen bei der Transformation einer gewachsenen Wärmeversorgungsstruktur. Der Antrag soll den Stand des nationalen Gesetzgebungsverfahrens und die Positionen der Landesregierung transparent machen sowie eine belastbare Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Gasnetztransformation und Wärmeversorgung in Baden-Württemberg schaffen.